Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltsrede KT 2023

Sperrfrist bis zur Sitzung am 12. Dez. 2022
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Pauli, geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags und natürlich auch alle anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer.

Wenn wir heute über den Haushaltsentwurf des Kreishaushaltes 2023 reden, so haben wir ein gut durchgeplantes Gesamtwerk vor uns, dass natürlich auch noch Fragen und Anregungen offen lässt.
Für die Arbeit der Vorplanung und Umsetzung zuerst einmal vielen Dank an alle, die bei der Erstellung dieses Gesamtwerkes mitgewirkt haben.
Bevor wir uns als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt äußern, möchten wir noch kurz auf die Rahmenbedingungen eingehen, in denen wir diesen Haushalt sehen.
Waren die letzten Haushalte von Corona beeinflusst, so stehen jetzt die Folgen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine mit den Flüchtlingsströmen, die Verknappung von Energie- und Nahrungsmittellieferungen als negative Vorzeichen im Raum.
Wie gehen wir damit um? Versuchen wir nur die Krisen, so gut es geht, zu überstehen? Was muss sich grundsätzlich ändern, in den Bereichen des Katastrophen- Klima- und Artenschutzes?
Jetzt hätten wir noch die Möglichkeiten dazu etwas zu verändern.
Was uns das nächste Jahr noch alles bereit hält wissen wir nicht.
Trotzdem sollten uns diese Umstände nicht dazu bringen in eine Art Erstarrung oder Resignation zu verfallen, sondern vielmehr einen Rahmen zu schaffen, der uns den Alltag bewältigen lässt und gleichzeitig so flexibel ist auf neue Herausforderungen angemessen reagieren zu können.
Für uns als Fraktion ist es wichtig, dass das neue Verständnis von Energie- und Nahrungsversorgung nicht nur als Belastung, sondern auch als Chance zur Veränderung gesehen wird.
Die Philosophie zu versuchen „vor der Lage“ zu sein und sich nicht einfach überrollen zu lassen hat uns in den letzten Jahren ganz gut durch die Krisen gebracht.
Aber das alles ist nicht umsonst zu haben. Grundsätzlich sollten wir im Rahmen der Generationengerechtigkeit darauf achten, dass wir die Kosten der angestrebten Maßnahmen nicht den nächsten Generationen aufbürden.

Wie schon im letzten Jahr, möchten wir im Folgenden zu einigen Punkten im Haushalt Anregungen einbringen.

Die im Bereich Forst vorgelegten Zahlen stimmen zunächst einmal positiv.
Der Zollernalbkreis kann zurecht Stolz auf seine Waldflächen sein. Wir halten es aber für zu kurz gegriffen hier nur den Wald als reinen Ertragsbringer zu sehen. Peter Wohlleben zeigt in seinen Büchern eine umfassendere Sichtweise des Waldes und seiner Bewirtschaftung auf. Wir sollten dafür Sorge tragen, diesen wertvollen Lebensraum und Erholungsspender nicht nur auf Erträge und Kosten zu reduzieren.

Das Volumen des ÖPNV wird in diesem Jahr 1,3 Millionen über dem Vorjahr liegen. Dieser Betrag wird über die steigenden Landesmittel kompensiert. Ausdrücklich begrüßen wir die Einführung des Jugendtickets zum März 2023. Schließlich hat das 9 Euro Ticket gezeigt, dass ein attraktives Mobilitätsangebot auch im ländlichen Raum angenommen wird. Es geht auch unkompliziert, ohne „Tarifwirrwar“, günstig und einfach zu fahren.
Wenn jetzt ein bundesweites 49 Euro Ticket für den Personennahverkehr kommt, sollte unser Augenmerk darauf gerichtet sein, das Angebot im ÖPNV weiter zu verbessern. Gerade hier gibt es flexiblere, alternative und innovative Angebotsformen, welche sich mit den Herausforderungen des ländlichen Raumes auseinandersetzen. Wir sollten uns auch nicht scheuen gerade in diesem Bereich an Pilotprojekten zu beteiligen.
Unsere Bemühungen für die Einführung der Regiobusverbindung nach Rottweil sollten im nächsten Jahr zum Erfolg führen.
Leider haben uns die Probleme mit den ausgeschriebenen Linienverkehren im Bereich Hechingen gezeigt, dass wir bei der Vergabe von Fahrleistungen unsere Vorgaben modifizieren, strenger überprüfen und konsequenter einfordern müssen. Hierzu gehört für uns auch die Reduzierung der CO2 Emissionen bei den Fahrzeugen vorzugeben. Schon bis zum Jahr 2025 müssen 22,5% des Busverkehres emissionsfrei sein
Gleichzeitig haben wir Verständnis dafür gezeigt, dass wir die Busunternehmer, die durch die Mineralpreiserhöhungen kalt erwischt wurden, nicht im Regen stehen lassen.

Unsere Bemühungen im Bereich Regiostadt- mit Talgangbahn sollten auch in 2023 unvermindert weiter vorangetrieben werden. Hier geht unser Dank an die Landkreisverwaltung, die im Bereich der Talgangbahn durch die Übernahme von Planungskosten den Vorgang beschleunigt hat.
Wenn auf Grund der gestiegenen Mineralölpreise, der Umstieg aufs Fahrrad noch attraktiver wird, müssen Radwegverbindungen geschaffen und offensiv weiter ausgebaut werden. Noch immer gibt es im Landkreis Gefahrenstellen für Radfahrer, die seit Jahren auf eine Beseitigung warten.
In Bereich Landwirtschaftsamt finden sich im Biodiversitätsstärkungsgesetz viele Maßnahmenpunkte, die als Vorgaben dargestellt sind, leider fehlen hier die aktuellen Sachstandzahlen. Wir werden im Laufe des nächsten Jahres einen Sachstandbericht hierzu einfordern. Außerdem gehen wir davon aus, dass das Verbot von Schottergärten im Privatbereich umgesetzt wird und selbstverständlich auch Firmen, Kommunen und öffentliche Einrichtungen hier ein vorbildliches Verhalten an den Tag legen. Als nicht konfliktfrei sehen wir nach wie vor die Zusammenlegung von Bauamt – und Naturschutzamt. Wir haben im Zollernalbkreis auf die Einrichtung eines LEV (Landschaftserhaltungsverband) verzichtet und damit auch die Chance nicht wahrgenommen Landwirtschaft, die Untere Naturschutzbehörde im Landratsamt und die Vertreter der Naturschutzverbände an einen runden Tisch zu bringen. Auch hier werden wir einen Sachstandsbericht in 2023 einfordern und gegebenenfalls auf die Überprüfung von Naturschutzmaßnahmen drängen.
Neben den sich dahinziehenden Verfahren zum Steinbruch Plettenberg, hat jetzt das geplante Absprunggelände Waldhof für Unmut gesorgt.
Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich mit ihren Anliegen nicht mitgenommen. Es ist interessant zu beobachten, wie hier Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben werden, was der Sache und einer umweltverträglichen Klärung sicher nicht hilfreich ist.
Im Bereich Hochwasserschutz finden wir die Ansätze gut, aber auch bei den Gewässern 1. Ordnung sollte darauf geachtet werden, den Hochwasserschutz weiter voranzubringen.

Der Hochwasserschutz hört nicht in Balingen auf, sondern die Eyach fließt auch noch weiter durch den Zollernalbkreis. In diesem Bereich hat das letzte Hochwasser Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Auch möchten wir kritisch anmerken, dass beim Projekt Oberes Schlichemtal seit fast 10 Jahren ergebnisoffen, also im Klartext ergebnislos, beraten wird. Hochwasserschutz, der sich natürlich auch mit der Reduzierung von Flächenversieglung und Retentionsmöglichkeiten beschäftigt, muss endlich realisiert und nicht nur diskutiert werden.
Die Fortschreibung des Gebäudeunterhaltungskonzeptes zu dem wir uns schon in der letztjährigen Haushaltsrede geäußert hatten, hat in diesem Jahr durch die stark ansteigenden Energiekosten eine neue Brisanz erfahren.
Energiekosten sind Kosten, die keinerlei Werte schaffen.
Im Gegensatz dazu schaffen Mittel, die wir in energetische Optimierung, Sanierung und Gebäudeunterhaltung investieren Werte. Dort, wo der Landkreis für Gebäude verantwortlich ist, müssen die Lebenszykluskosten und das Ziel möglichst schnell die Klimaneutralität zu erreichen, im Vordergrund stehen.
Hier begrüßen wir ausdrücklich die Bemühungen des Landkreises eine Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen.
Wir halten daran fest, die Sanierung vor den Neubau zu stellen und bei der Auswahl der Baustoffe auf die Recyclingfähigkeit zu achten. Tatsächlich unvermeidbare neue Gebäude müssen in Zukunft einen hohen Anteil von Recyclingrohstoffen aufweisen. Dies betrifft dann besonders die Stärkung eines hochwertigen Recyclings von unbelastetem Bauschutt. Die lokalen Unternehmen der Recyclingwirtschaft und die Hersteller von mineralischen Baustoffen werden diese Herausforderung ebenso annehmen, wie die Bauunternehmen und die Bauherrenschaft in der Region.
Auch der Einsatz von Geothermie wird von uns unterstützt und wir möchten anregen diese Art der Energiegewinnung durch die Energieagentur stärker zu bewerben. Anträge auf geothermische Bohrungen, sollten dort, wo es keine ernsthaften Versagungsgründe vorliegen schnell genehmigt werden. Im Bezug auf die Kreisliegenschaften muss der Anschluss an kommunale Wärmenetze und Wärmequellen vorangetrieben werden.

Digitalisierung in der Verwaltung und die damit einhergehenden Abläufe in der Verwaltung sind notwendig, wie die Situation in der Führerescheinstelle leider zeigt. Die Digitalisierung muss unter der Berücksichtigung der Datensicherheit deutlich vorangebracht werden. Die geplante Fertigstellung des kreisweiten Backbonenetzes wird von uns begrüßt.
Unverständlich ist es für uns, dass die Bundesregierung kurzfristig aus den Förderprogrammen für die Kommunen ausgestiegen ist. Wir hoffen auf eine Neuauflage in 2023.

Die im Bereich der sozialen Maßnahmen gestiegen Kosten lassen in den allermeisten Fällen keinerlei Einsparungen zu, da es sich um Kosten im Sinne des Gemeinwohles handelt, die erbracht werden müssen. Hier besteht nur in der Prävention die Möglichkeit eine längerfristige Reduktion des Bedarfs zu erreichen. Es ist positiv, dass sich die Landkreisverwaltung trotz der gestiegenen Kosten in diesem Bereich weiterhin engagiert und präventive sowie unterstützende Maßnahmen fördert.
Im Bereich Jugendamt ist die Auflistung der Gründe für die Fallzahlensteigerung eine Vereinfachung sehr komplexer Sachverhalte. Es wäre sicher zielführender die Faktoren und nicht die Gruppen zu identifizieren.

Als eine notwendige und gute präventive Maßnahme sehen wir zum Beispiel die Einschulungsuntersuchungen. Dort, wo Kinder zuvor in Kindergärten waren, kann mit dem Einverständnis der Eltern auf die Erfahrungen der Erzieherinnen und Erzieher zugegriffen werden. Allerdings gibt es auch Kinder, die eine solche Einrichtung nicht besucht haben und bei denen durch einen aufsuchenden Besuch und der Untersuchung durchaus ein Förderbedarf festgestellt werde kann. Dieser kann sich, wenn rechtzeitig eine Unterstützung erfolgt, positiv auf die Entwicklung der Kinder auswirken.

In den Vorberatungen unserer Fraktion erfolgte eine grundsätzliche Zustimmung zum Entwurf der Verwaltung mit den aufgeführten Abänderungen. Diskussion gab es im Vorfeld im Verwaltungs- und Finanzausschuss zu dem Bereich Personalplanung. Unserer Ansicht nach sollte dieses Thema im Zusammenhang mit unbesetzten Stellen und der Altersstruktur der Beschäftigten im Landratsamt im kommenden Jahr gemeinsam mit den Fraktionen und der Landkreisverwaltung ausdiskutiert werden. Immer wieder haben Ereignisse, die wir nicht zu vertreten hatten dazu geführt, dass zusätzliches Personal notwendig wurde. Einem solchen Krisenmanagement werden wir uns auch in Zukunft nicht verweigern, halten aber an der vorgenannten Forderung fest.

Im Bezug auf die Höhe der Kreisumlage konnte in unserer Fraktion keine einheitliche Meinung gebildet werden. Einen gemeinsamen Beschlussvorschlag wird es von unserer Fraktion hier nicht geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Konrad Wiget